

Antrag zum TOP 6: BV-0124/2016 (Evelyn Brämer)

Unsere Fraktion Freie Wählergemeinschaft/ PIRATEN lehnt die geplante Kostenbeitragserrhöhung - auch in der geänderten Form der Umverteilung, wie sie im Sozial- und im Hauptausschuss beschlossen wurde - ab, weil wir diese für unsozial und unzumutbar für die Eltern halten!

Das, was Sie vorhaben, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ist das falsche politische Signal. Und dabei denke ich nicht nur an die alleinerziehende Mutter, die für Mindestlohn arbeiten geht und ohnehin schon zu tun hat, ihre Kinder durchzubringen. Auch unter wirtschaftlichen Aspekten werden Sie mit den geplanten Beitragserhöhungen eine Lawine losstreiten:

Barleben wird sich erhebliche Standortnachteile gegenüber den angrenzenden Kommunen mit deutlich niedrigeren Elternbeiträgen einhandeln.

Uns fehlt der Nachwuchs, uns fehlen die Fachkräfte – das wissen Sie und das wissen wir alle hier. Wir brauchen jedes Kind! Wir sollten deshalb alles in unserer Kraft stehende tun, um junge Menschen dabei zu unterstützen, eine Familien zu gründen und Kinder groß zu ziehen.

Die GEV und die Elternkuratorien haben sich im Rahmen ihrer Stellungnahmen sehr intensiv Gedanken gemacht und Vorschläge unterbreitet. Sie, Herr Keindorff, sprechen von einem Dialog, den Sie mit den Eltern pflegen. Wir können jedoch anhand der vorgelegten Unterlagen nicht erkennen, dass die klugen Vorschläge der Eltern angemessen berücksichtigt wurden.

So hatten die Elternvertreter z.B. vorgeschlagen Eigenleistungen einzubringen, Anregungen zu den Hortpauschalen gegeben, die nicht korrekt berücksichtigt wurden, Vorschläge bzgl. der Überführung des Hortes in freie Trägerschaft gemacht usw.. Vor allem wurde herausgestellt, dass die Platzkostenberechnungen nicht nachvollziehbar und stark anzuzweifeln sind.

Auch mussten wir feststellen, dass uns Mandatsträgern im Rahmen der Vorberatungen in den Ausschüssen nicht alle Unterlagen zur Verfügung standen. So kamen z.B. die Stellungnahmen des freien Trägers Bodelschnwinghaus sowie des Elternkuratoriums des Hortes, wie sie gemäß § 13 KiFöG gefordert sind - erst gestern per Mandatos.

Des Weiteren wurde allen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, nur die Ursprungsvarianten der Beitragssatzung – nicht aber die Variante mit den Änderungen vom Landkreis. vorgelegt. Es kann also angezweifelt werden, ob rechtlich alles korrekt gelaufen

ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang an formelle Fehler im Jahr 2015 erinnern, die uns immer noch verfolgen.

Außerdem wurden die rund 100.000,- €, die die Gemeinde im letzten Jahr zusätzlich vom Land/ Landkreis bekommen hat, in keiner Weise im Rahmen der Beratungen - geschweige denn bei der Beitragsfestsetzung berücksichtigt.

(Verweis auf Argumentation zur LIBa-BV.

Aus all den zuvor genannten Gründen stellen wir den Antrag,

1. die BV-0124/2016 „Kostenbeitragssatzung der Gemeinde Barleben“ zurückzustellen

2. und die Verwaltung zu beauftragen, den Anregungen und Hinweise, die die GEV und die Elternkuratorien in ihren Stellungnahmen gegeben haben

– unter anderem zur Reduzierung der Platzkosten und

zur Nutzung anderer Einsparpotenziale im gemeindlichen Haushalt, sowie zum Hort -

nachzugehen, die Beschlussunterlagen entsprechend anzupassen und auf der Basis überarbeiteter Unterlagen die GEV sowie die Träger noch einmal anzuhören.

Erst dann sollte die angepasste BV zur Kostenbeitragssatzung den gemeindlichen Gremien erneut zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt werden.

3. Wir beantragen, weiterhin, dass die Stellungnahmen der GEV und der Elternkuratorien schriftlich beantwortet werden und die Gemeinderäte diese Antworten ebenso zur Kenntnis erhalten.

Abschließend möchte ich noch sagen:

Wir – jeder einzelne von uns – trägt hier und heute Verantwortung für unsere jungen Familien, die wir erst angelockt haben und die jetzt abgezockt werden sollen, wie es auf der Elterndemo in der letzten Woche so schön plakatiert wurde.

Nicht das Land und nicht der Landkreis – **WIR haben hier und heute die Wahl für ein familienfreundliches Barleben oder dagegen.**